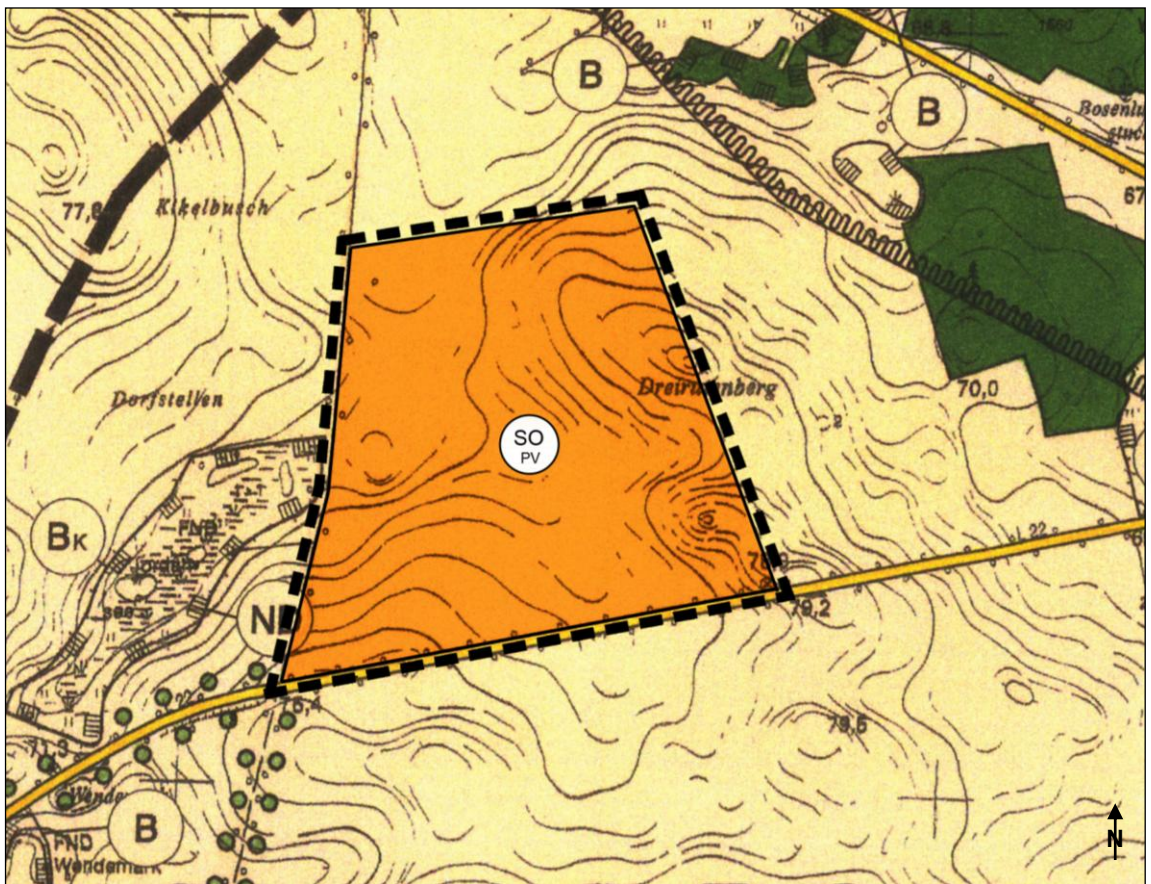


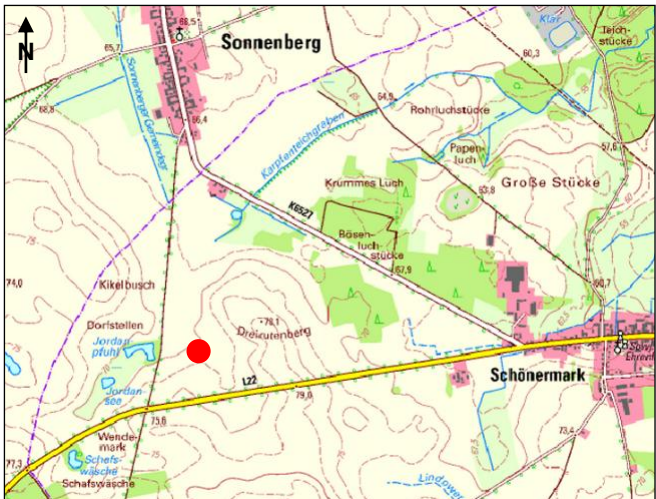
Auszug aus dem wirksamen FNP Amt Gransee und Gemeinden (nachrichtlich)

M 1: 10.000



Änderung der FNP-Darstellung (Stand: März 2025)

M 1: 10.000



Lage im Amt Gransee und Gemeinden, Gemeinde Schönermark
M. 1:50.000

Planzeichenerklärung

 Geltungsbereich der Änderung

Flächen nach Art der baulichen Nutzung
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

 Sonderbauflächen

Zweckbestimmungen der Sonderbauflächen
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

 Photovoltaik

Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen
Hauptverkehrszüge (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 und § 5 Abs. 4 BauGB)

 Straßenverkehrsflächen

Flächen für die Landwirtschaft und Wald
(§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)

 Flächen für die Landwirtschaft

 Flächen für Wald

Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von
Boden, Natur und Landschaft
(§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und § 5 Abs. 4 BauGB)

Schutzgebiete im Sinne des Naturschutzrechts
(nachrichtliche Übernahmen)

 (Flächen-) Naturdenkmal

 Geschützte Allee (§ 31 BbgNatSchG)

 Biotop / Biotop-Komplex (§ 32 BbgNatSchG) *

Plangrundlage: Landesvermessungsamt Brandenburg (Hrsg.),
Topographische Karte im M. 1:10.000 (TK 10)
AV-Ausgabe, Kartenblatt 2944-SO (1997)

Verfahrensvermerke

- 1) Der Amtsausschuss hat am 07.10.2024 den Beschluss zur Aufstellung der 19. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden gefasst. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
- 2) Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Behörde wurde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB unterrichtet und um Äußerung gebeten.
- 3) Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung gemäß § 3 (1) BauGB ist in der Zeit vom bis zum durchgeführt worden. Der Öffentlichkeit wurde dabei Gelegenheit zur Erörterung und Äußerung gegeben. Die ortsübliche Bekanntmachung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung ist gemäß Hauptsatzung Amt Gransee und Gemeinden am erfolgt. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom über die Inhalte der 19. FNP-Änderung unterrichtet und um Äußerung gebeten.
- 4) Der Amtsausschuss hat am den Entwurf der 19. FNP-Änderung (Stand:) mit Begründung mit dem Umweltbericht beschlossen und seine Veröffentlichung / öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB bestimmt. Der Entwurf der 19. FNP-Änderung und die Begründung mit dem Umweltbericht wurden in der Zeit vom bis zum gemäß § 3 (2) BauGB im Internet veröffentlicht und öffentlich ausgelegt. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 (2) BauGB von der Auslegung des Entwurfs der 19. FNP-Änderung benachrichtigt worden und mit Schreiben zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
- 5) Der Amtsausschuss hat die Stellungnahmen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der amtsangehörigen Gemeinden zum Entwurf der 19. FNP-Änderung (Stand:) am geprüft sowie untereinander und gegeneinander abgewogen. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
- 6) Die 19. FNP-Änderung wurde am vom Amtsausschuss des Amtes „Gransee und Gemeinden“ beschlossen. Die Begründung und der Umweltbericht wurden gebilligt.
- 7) Die Genehmigung der 19. FNP-Änderung des Flächennutzungsplanes wurde durch die höhere Verwaltungsbehörde (Landkreis Oberhavel) mit Bescheid vom mit Auflagen genehmigt (Az.:).
- 8) Die 19. FNP-Änderung und die Begründung und der Umweltbericht werden hiermit ausgefertigt und sind Bestandteil des rechtskräftigen Flächennutzungsplans des Amtes „Gransee und Gemeinden“.
- 9) Die Erteilung der Genehmigung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Veröffentlichungen im Amtsblatt des Amtes „Gransee und Gemeinden“ vom ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen und weiter auf die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen worden. Die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes ist am wirksam geworden.

Gransee, den

Vorsitz des Amtsausschusses

(Siegel)

Amtsleiter

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)